

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

13. – 19. September 2025

Am 18. September 2025 fanden in Frankreich landesweite Streiks und Demonstrationen statt, die ursprünglich gegen die geplanten Sparmaßnahmen von François Bayrou gerichtet waren, der inzwischen vom neuen Premierminister Sébastien Lecornu abgelöst worden war. Die Proteste richteten sich gegen die geplanten sozialen Einschnitte der Regierung, die von den Gewerkschaften scharf kritisiert werden. Die Teilnehmerzahlen an den Demonstrationen lagen je nach Quelle zwischen 500.000 (Polizei) und über 900.000 (Gewerkschaften), insgesamt wurden bis zu 900.000 Demonstranten erwartet. Vereinzelt kam es zu Ausschreitungen und Zusammenstößen mit der Polizei, unter anderem in Lyon, Nantes und Marseille, wo auch Tränengas eingesetzt wurde. Besonders betroffen waren die öffentlichen Verkehrsmittel. Im Bildungssektor beteiligten sich bis zu 45 % der Lehrer an den Streiks, viele Schulen wurden blockiert. Die Polizei setzte ein großes Sicherheitsaufgebot mit 80.000 Einsatzkräften und gepanzerten Fahrzeugen ein und nahm mehrere Dutzend Personen fest.

Premierminister Sébastien Lecornu hat den Dialog mit den verschiedenen Parteien aufgenommen, um den Haushalt für 2026 zu gestalten. Lecornu hat bereits erste symbolische Sparmaßnahmen umgesetzt, wie die Abschaffung von Privilegien für ehemalige Regierungsmitglieder, und die geplante Streichung zweier Feiertage wurde zurückgenommen. Dennoch gestaltet sich die Einigung auf den Haushalt schwierig, da Regierungs- und Oppositionsparteien um Kompromisse ringen. Im Fokus der Debatte steht zunehmend die sogenannte Zucman-Steuer, die Vermögen über 100 Millionen Euro mit 2 % jährlich besteuern soll. Obwohl diese Steuer im Sommer im Parlament gescheitert war, bringt die Sozialistische Partei sie erneut ins Spiel und sieht sie als wichtige Einnahmequelle mit erwarteten Einnahmen von rund 21 Milliarden Euro pro Jahr. Premierminister Lecornu lehnt die Zucman-Steuer in ihrer aktuellen Form ab, fordert aber gleichzeitig mehr steuerliche Gerechtigkeit. Lecornu hat außerdem zwei hohe Beamte – Pierre-Mathieu Duhamel und Denis Morin – beauftragt, die Verwaltung im Rahmen der Mission *Etat efficace* effizienter zu gestalten. Ziel ist es, die Öffentliche Verwaltung „lesbarer, einfacher und wirksamer“ zu machen, indem Doppelstrukturen zusammengelegt oder abgeschafft werden. Im Fokus stehen insbesondere zahlreiche Delegationen und Agenturen des Staates: Frankreich zählt derzeit über 400 staatliche Betreiber, mehr als 300 beratende Gremien und über 1.100 nationale Einrichtungen. Ein Bericht des Senats hatte Einsparpotenziale von rund 540 Millionen Euro aufgezeigt.

Die Ratingagentur Fitch hat die Kreditwürdigkeit Frankreichs herabgestuft und die Note für langfristige Staatsanleihen von AA- auf A+ gesenkt. Als Hauptgründe nennt Fitch die anhaltend hohe Staatsverschuldung, die im vergangenen Jahr über 113 % des BIP lag, sowie die politische Instabilität, die die Fähigkeit des Landes einschränkt, auf wirtschaftliche Schocks zu reagieren, ohne die öffentlichen Finanzen weiter zu belasten. Die Entscheidung fiel nur wenige Tage nach dem Sturz der Regierung von Premierminister François Bayrou. Die neue Regierung unter Sébastien Lecornu steht nun vor der Herausforderung, in einem angespannten politischen Klima einen neuen Haushalt aufzustellen. Der scheidende Wirtschaftsminister Éric Lombard äußerte Verständnis für die Herabstufung und verwies auf die Unsicherheiten im politischen Umfeld. Die Risikoprämie für französische Staatsanleihen ist in der Folge stark gestiegen und nähert sich dem Niveau Italiens. Weitere Bewertungen durch Moody's und Standard & Poor's werden im Herbst erwartet.

Der israelische Botschafter in Frankreich, Joshua Zarka, kritisiert die von Präsident Emmanuel Macron angekündigte Anerkennung des Staates Palästina am 22. September im Rahmen der UN-Generalversammlung in New York als „historischen Fehler“. Er betonte, dass eine „bedingungslose“ Anerkennung den Friedensprozess gefährden könne, da zuvor klare Voraussetzungen geschaffen werden müssten, um eine stabile Friedensatmosphäre zwischen Israelis und Palästinensern zu ermöglichen. Präsident Macron hatte ursprünglich erklärt, eine Anerkennung des palästinensischen Staates an bestimmte Bedingungen knüpfen zu wollen – seine jüngste Entscheidung jedoch sieht eine Anerkennung ohne Vorbedingungen vor. Zugleich sorgte auch der Vorschlag von Olivier Faure, Erster Sekretär

der Sozialistischen Partei, am Tag der offiziellen Anerkennung palästinensische Flaggen an Rathäusern zu hissen, für scharfe Kritik von jüdischen Organisationen. Yonathan Arfi, Präsident des CRIF (Conseil représentatif des institutions juives de France), forderte Faure zu einer Entschuldigung auf und warnte vor einer skandalösen Vermischung religiöser Feiertage – wie dem jüdischen Neujahrsfest Rosch Haschana, dessen Beginn auf den 22. September fällt – mit geopolitischen Symbolhandlungen.

Eine vom früheren EU-Abgeordneten Philippe de Villiers gestartete Online-Petition, in der ein Referendum zur Migrationspolitik gefordert wird, beschäftigt die französische Medienwelt. Die Petition soll über 1,6 Millionen Unterschriften gesammelt haben. Diese Zahl ist jedoch nicht verifizierbar, da es möglich ist, mit erfundenen E-Mail-Adressen und sogar aus dem Ausland zu unterschreiben. Kritik gibt es auch an der Weitergabe von E-Mail-Adressen der Unterzeichner an Lagardère Media News – ein Unternehmen des Bolloré-Konzerns – zu Werbezwecken. Besonders umstritten ist die umfangreiche mediale Unterstützung durch den Bolloré-nahen Nachrichtensender CNews, der auf dem frei empfangbaren Fernsehsignal (TNT) ausgestrahlt wird. Die linke Abgeordnete Sophie Taillé-Polian (Écologistes & Social) sowie das Aktivistenkollektiv Sleeping Giants haben deshalb Beschwerde bei der französischen Medienaufsicht Arcom eingereicht. Sie werfen CNews vor, einseitig und ohne journalistische Distanz über die Petition berichtet zu haben. Taillé-Polian kritisiert, es handle sich um eine politisch motivierte Aktion, die in einem öffentlich zugänglichen Sendeumfeld nicht einseitig beworben werden dürfe. Sie fordert Konsequenzen für den Sender und dessen Direktor Serge Nedjar.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Der ehemalige EU-Kommissar **Pierre Moscovici** wird seinen Posten als Präsident des französischen Rechnungshofs voraussichtlich noch in diesem Jahr aufgeben, deutlich vor dem offiziellen Ende seiner Amtszeit 2026. Nach Medienberichten soll er nach Luxemburg wechseln, um dort Frankreich im Europäischen Rechnungshof zu vertreten und François-Roger Cazala abzulösen.

Der renommierte französische Ökonom **Philippe Dessertine** hat offiziell seine Kandidatur für die Kommunalwahlen 2026 in Bordeaux angekündigt. Der 61-jährige, ehemaliges Mitglied des Hohen Rats für öffentliche Finanzen, will die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Stadt neu ausrichten. Bordeaux, seit 1945 traditionell eine konservative Hochburg, wurde 2020 überraschend vom grünen Kandidaten Pierre Hurmic erobert.

DIE ZAHL DER WOCHE

1,4 %

Laut einem neuen Bericht von Réseau Action Climat und France Nature Environnement sind die CO₂-Emissionen 2024 nur um **1,4 %** gesunken – deutlich weniger als die 7,8 % im Jahr zuvor. Der Rückgang sei vor allem auf Produktionsrückgänge in kriselnden Branchen zurückzuführen, nicht auf tiefgreifende Veränderungen. Obwohl der Staat 2022 einen Plan zur Dekarbonisierung der 50 größten Verursacher gestartet hat, darunter Zementwerke und Raffinerien, bleibt die Umsetzung lückenhaft. Nur ein Teil der vorgesehenen Mittel wurde ausgeschüttet. Die NGOs kritisieren fehlende finanzielle Planungssicherheit, sowie politischen Stillstand. Zudem blockieren große Industriekonzerne durch Lobbyarbeit strengere Umweltvorgaben. Die instabile Rechtslage – etwa durch das Ausbleiben der Energie-Programmplanung – schreckt Investoren ab.

3		4	7
0	8	6	5
5	2	3	1
7	4	9	2
9	8	2	0
			1